

# Pressemitteilung

## **BWKG-INDIKATOR 1/2022 – Corona, Ukraine-Krieg, Energieknappheit und explodierende Sachkosten führen zu schwieriger Lage und düsteren Zukunftserwartungen**

**Scheffold: Dauerkrise verschärft Fachkräftemangel und Unterfinanzierung – Bundespolitik muss rasch handeln und langfristig verlässlichen Rahmen sichern**

Ihre Ansprechpartnerin:  
Annette Baumer  
Referentin für  
Presse und Politik  
Telefon 0711 25777-45  
Telefax 0711 25777-99  
baumer@bwkg.de

Stuttgart, 18.07.2022

„Der andauernde Krisenmodus durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg hat spürbare Auswirkungen auf die Gesundheitseinrichtungen und die Versorgung der Menschen im Land. Die größten Probleme sind der Fachkräftemangel, die Explosion der Sachkosten, die unzureichende Finanzierung der Pandemiefolgen und die Unsicherheit, wie sich die aktuellen Krisen weiterentwickeln. Das Fatale ist, dass die Einrichtungen nach zwei Pandemie Jahren nun mit einer Inflationskrise und einem verschärftem Fachkräftemangel konfrontiert werden“, fasst Heiner Scheffold, Vorstandsvorsitzender der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) die zentralen Ergebnisse des aktuellen BWKG-Indikators zusammen. Die Befragungen der Geschäftsführenden der BWKG-Mitgliedseinrichtungen wurde erst vor wenigen Tagen abgeschlossen.

„Der **Fachkräftemangel** ist keine Theorie mehr, sondern längst bittere Realität“, so Scheffold. Die Geschäftsführenden von 92 % der Krankenhäuser, 88,6 % der Reha-Kliniken und 93,4 % der Pflegeeinrichtungen haben Schwierigkeiten, Pflegefachkräfte zu finden. Rund drei Viertel der Geschäftsführenden von Krankenhäusern und Reha-Kliniken haben Probleme, freie Stellen im Ärztlichen Dienst neu zu besetzen.

„Diese abstrakten Zahlen haben direkte Auswirkungen auf die Versorgung der Menschen. Schon vor der Corona-Pandemie konnten die **Krankenhäuser** aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels 10 bis 15 % der Krankenhausbetten nicht belegen. Der Durchschnitt der nicht belegbaren Betten liegt aktuell bei 14,3 %, Tendenz steigend. In Einzelfällen werden uns Kapazitätsreduzierungen von über 30 % gemeldet“, sagt der BWKG-Vorstandsvorsitzende. Das habe konkrete Auswirkungen auf die Versorgung. So seien Verschiebungen von Operationen aktuell in vielen Kliniken an der Tagesordnung. Wenn nun noch steigende Infektionszahlen hinzukämen, sei es infolge Corona oder auch durch eine Grippewelle, sei eine weitere Verschärfung der Situation abzusehen.

„Alarmierend ist auch die Situation in den **Altenpflegeeinrichtungen**. Denn als Folge der Corona-Pandemie und des Personalmangels können aktuell nur 90 % der Pflegeplätze belegt werden, normalerweise ist die Belegung deutlich höher und geht oft in Richtung 100 %. Weniger verfügbare Pflegeplätze bedeuten eine enorme Belastung für die Betroffenen und ihre Familien“, so der Vorstandsvorsitzende, der auch Landrat des Alb-Donau-Kreises ist. Der akute Personalmangel zeige sich an den Zahlen des BWKG-Indikators deutlich: 93,4 % der Altenpflegeeinrichtungen haben Probleme, freie Stellen bei den Pflegefachkräften zu besetzen. Genau zwei Drittel der Einrichtungen haben Schwierigkeiten, Pflegeschüler zu finden und 60 % der Altenpflegeeinrichtungen haben außerdem Schwierigkeiten, Pflegehilfskräfte zu finden. Die letzten beiden Werte stellen neue Höchststände im Rahmen des BWKG-Indikators dar, der seit 2010 durchgeführt wird.

„Auch bei der Belegung der **Reha-Kliniken** sind die Spuren der Corona-Pandemie und des Personalmangels sichtbar. Ihre Auslastung ist von 88,3 % im Jahr 2019 auf 68,3 % im Jahr 2021 gesunken“, so Scheffold. Aktuell belaufe sich die Belegung auf 73,0 %. Diese Zahlen müssten eigentlich steigen, da der Reha-Bedarf einer alternden Bevölkerung ja zunehme. Ursache des Belegungsrückgangs seien auch hier der Fachkräftemangel und die Corona-Pandemie.

### **Handlungsbedarf zum Fachkräftemangel**

„Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Kurzfristig könnte eine Verringerung der Corona-Quarantänezeiten Entlastung bringen. Mittelfristig ist der Abbau von Bürokratie sicherlich ein ganz zentraler Punkt“, so Scheffold. Wenn Pflegekräfte und Ärzte immer mehr Zeit mit Bürokratie verbringen und so immer weniger Zeit für ihre Patienten hätten, sei es kein Wunder, wenn sie weniger im eigentlichen Berufsfeld arbeiten wollen. Hier müsse die Politik endlich ansetzen. „Außerdem müssen ausländische Fachkräfte schneller anerkannt werden“, fordert der Vorstandsvorsitzende. Alle Einrichtungen, die ausbilden können und wollen, müssen das auch dürfen. Im Koalitionsvertrag auf der Bundesebene sei vorgesehen, dass die Pflegeausbildung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und der Rehabilitation ermöglicht werden soll, soweit diese die Voraussetzungen erfüllen. Dieser Plan müsse nun endlich umgesetzt werden. Außerdem müsse die Leiharbeit begrenzt werden, denn hier werde der bestehende Personalmangel ausgenutzt und die Einrichtungen müssten überzogene Preise bezahlen. Hier werde eine Begrenzung dieser Preise gefordert.

„In der Altenpflege werden die qualifizierten Hilfskräfte immer wichtiger. Hierzu gibt es die einjährige Helferausbildung und es wäre eine große Hilfe, wenn diese – wie schon die dreijährige Fachkraftausbildung – solidarisch über einen bundesweiten Fonds finanziert werden könnte“, macht Scheffold deutlich. Momentan werden die ausbildenden Einrichtungen einschließlich deren Bewohner einseitig durch die Ausbildungskosten belastet. Außerdem müsse die Ausbildung zur Pflegehilfskraft auch künftig einjährig bleiben, denn jeder, der in der Altenpflege arbeiten wolle und die Fähigkeiten dazu habe, sollte einen passenden Ausbildungsweg finden.

„Außerdem ist und bleibt es natürlich von zentraler Bedeutung, dass der **finanzielle Rahmen** stimmt“, so Scheffold. Nach den Zahlen des BWKG-Indikators sei man aber nach wie vor weit davon entfernt und die Situation verschlechtere sich spürbar. 45,6 % der Krankenhäuser, 65,7 % der Reha-Kliniken und 23 % der Pflegeeinrichtungen im Land haben das Jahr 2021 mit roten Zahlen abgeschlossen. Große Befürchtungen zeigen sich mit Blick

auf das Jahr 2022: 61,1 % der Krankenhäuser, 61,4 % der Reha-Kliniken und 45,3 % der Pflegeeinrichtungen gehen aktuell davon aus, dass sie das Jahr 2022 mit roten Zahlen abschließen werden.

### **Handlungsbedarf bei den finanziellen Rahmenbedingungen**

„Diese Zahlen machen deutlich, dass vor allem die Finanzierungssysteme der Krankenhäuser und Reha-Kliniken auf externe Schocks nicht ausgerichtet sind. Sinkende Patientenzahlen durch eine Pandemie oder unerwartete Sachkostensteigerungen treffen hier ungebremst auf die bereits bestehende Unterfinanzierung“, erläutert der Vorstandsvorsitzende. Hier müsse der Bundesgesetzgeber unverzüglich handeln.

Zum einen sind die Krankenhäuser und Reha-Kliniken auf einen Inflations-Zuschlag durch den Bundesgesetzgeber angewiesen. „Dieser muss jetzt schnell kommen und könnte auf Basis des Vorschlags der CDU-Fraktion im Bundestag schnell umgesetzt werden“, so Scheffold. Zum anderen müssten die Kliniken gegen Verluste aufgrund von pandemiebedingten Reduzierungen der Patientenzahl abgesichert werden. „Der Krankenhaus-Schutzschirm für das Jahr 2022 ist hier unzureichend, weil er einen Teil des Pandemie-Risikos auf die Kliniken abwälzt. Hier muss dringend nachgebessert werden, wenn wir nicht neue Höchststände bei den Defizitquoten der Kliniken erleben wollen“, so Scheffold.

Auch die **Corona-Pandemie** bereitet weiterhin Sorgen. Die Inzidenzen steigen aktuell und es ist noch nicht abzusehen, wie sich diese „Sommerwelle“ weiterentwickeln wird. Prognosen für den Herbst sind derzeit kaum seriös möglich. Sicher ist allerdings, dass die meisten Corona-Schutzschirme bereits ausgelaufen sind und die letzten Maßnahmen spätestens Ende des Jahres auslaufen. Wenn die Corona-Zahlen wieder anstiegen, müssten die Corona-Schutzschirme für die Krankenhäuser, die Pflegeeinrichtungen und die Reha-Kliniken reaktiviert werden. Flankierend müssen mögliche Infektionswellen eingedämmt werden. „Wir fordern eine Impfkampagne für Corona und für die Grippe. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht muss ausgesetzt werden, da durch sie weitere Personalausfälle drohen, wenn demnächst Betretungsverbote verhängt werden sollen. Außerdem ist sie aufgrund der gescheiterten allgemeinen Impfpflicht nicht mehr zu rechtfertigen“, ergänzt Scheffold.

„Der Bundesgesundheitsminister warnt unablässig vor einem schwierigen Coronawinter. Logische Konsequenzen daraus will er aber nicht ziehen. Corona-Schutzschirme müssen schnell wieder aufgespannt und die unerwarteten Preissteigerungen müssen ausgeglichen werden. Das ist der Minister den Gesundheitseinrichtungen schuldig, aber vor allem den Menschen, die von ihnen versorgt werden.“, macht Scheffold deutlich.

**Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V. (BWKG) ist ein Zusammenschluss von 473 Trägern mit 198 Krankenhäusern, 132 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie 733 Pflegeeinrichtungen (davon 116 ambulante Pflegedienste und 55 Einrichtungen der Eingliederungshilfe), die über insgesamt 125.380 Betten/Plätze sowie ambulante Behandlungskapazitäten verfügen. Die Einrichtungen beschäftigen mehr als 250.000 Mitarbeiter. Die BWKG wurde 1953 von den vier regionalen Krankenhausverbänden und –arbeitsgemeinschaften gegründet, die es damals auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg gab. Sie steht Einrichtungen unabhängig von deren Rechtsform und Trägerstruktur offen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.**